

**Rede von Michael Joukov (GRÜNE) zur Sicherheit in
Ulm vom 09. Mai 2018**

Marktplatz 1, 89073 Ulm

Tel. 0731 161-1096

Fax 0731 161-1097

gruene-fraktion@ulm.de

www.gruene-fraktion-ulm.de

Sehr geehrter Herr OB, sehr geehrter Herr Nill, sehr geehrte Damen und Herren,

Sicherheit für seine Bürgerinnen und Bürger zu bieten, ist die wichtigste Aufgabe des Staates und auch der Grund, warum er das Gewaltmonopol beansprucht und durchsetzt. Für Sicherheit zu sorgen, fordert das Zutun aller Ebenen, also Bund, Land und Städte im Rahmen ihrer Zuständigkeit. Nachdem gestern die polizeiliche Kriminalstatistik des Bundes vorgestellt wurde, die eine positive Entwicklung zeigt, freut es mich, auch für Ulm feststellen zu können – **Ulm ist sicher**. Der Dank dafür geht an alle, die durch ihren täglichen und nächtlichen Einsatz dazu beitragen.

Lieber Herr Nill, ich beneide Sie und Ihre Kolleginnen und Kollegen wirklich nicht. Nicht nur, dass Sie mit einer knappen Personaldecke, herausfordernden Arbeitszeiten, eher bescheidener Bezahlung und immer neuen Aufgaben durch die Internetkriminalität und verändertes Freizeitverhalten umgehen müssen – nein, seit Neuestem gibt es Tausende Möchtegern-Polizeipräsidenten, die alles besser zu wissen meinen als Sie und ihre Kolleg*innen, und der Polizei dauernd alles Mögliche unterstellen. Natürlich ist es in einer Demokratie möglich, die Polizei zu kritisieren, und natürlich ist auch die Polizei nicht unfehlbar. **Aber die Kritik muss auf Fakten gestützt sein**, Aussagen wie „Polizei fälscht die Zahlen, nimmt Anzeigen nicht auf, verschweigt etwas, um ihre Berichte zu schönen, und Beweise brauche ich nicht vorzulegen, ich weiß es einfach“ sind nur schäbig. Solche Aussagen mögen zwar von der Meinungsfreiheit gedeckt sein, sind aber im Sinne der Sicherheit, die einschlägigen Kreisen angeblich am Herzen liegt, einfach kontraproduktiv. **Denn Sicherheit gibt es durch konkrete und zielgerichtete Maßnahmen, nicht durch unsachliche Angriffe.**

Für Ulm müssen wir aber auch zu Kenntnis nehmen, dass der öffentliche Raum in der Innenstadt in den letzten Monaten durch etliche Baustellen verknappt wurde. Dadurch werden Konflikte, die es schon immer gab, stärker wahrgenommen, man kann nicht mehr einen Bogen darum machen, was einen stört. Man kann es zum Teil auch nicht verbieten, **sowohl Alkoholkonsum als auch das nicht-aggressive Betteln sind im öffentlichen Raum sind legal.**

Wir können nicht mehr ändern, dass die Mehrheit an diesem Tisch unbedingt eine Tiefgarage vor dem Bahnhof gebaut haben wollte und die Baustelle den öffentlichen Raum knapp macht. Was wir können, ist dafür zu sorgen, dass Polizei und kommunaler Ordnungsdienst mehr Präsenz zeigen. Einen Schritt machen wir mit der Sicherheitspartnerschaft und der Aufstockung des KOD, der wir **GRÜNEN** ausdrücklich zustimmen. Es geht nicht darum, dass die Stadt Polizeiaufgaben übernimmt. Das Land muss dafür sorgen, dass die Polizei genügend Leute hat. Das Land hat auch dafür gesorgt, dass die Stellen da sind, aber die entsprechenden Personen müssen noch ausgebildet werden, und das dauert einfach. Hier rächt sich noch die Ideologie der Landesregierungen in den „Nuller-Jahren“, die jeden Cent an Staatsausgaben fast als persönliche Beleidigung wahrnahmen, bei der Polizei und vor allem bei der Polizeiausbildung sparten und dieses als „Bürokratieabbau“ verkauften. Die daraus folgende Delle bei der Personalstärke wird uns noch 2-3 Jahre begleiten, denn Polizeiausbildung dauert einfach ihre Zeit. Das ist übrigens auch der Grund, wieso ehrenamtliche Modelle nicht als Ersatz für ausgebildete Beamtinnen und Beamte taugen.

Wobei ich auch deutlich sagen will – dass allermeiste, worüber wir reden, ist zwar lästig, aber kein Sicherheitsrisiko. „Kampfradler“ in der Fußgängerzone sind zwar sehr wohl rechtswidrig dort unterwegs, und Konsument*innen illegaler Drogen sowieso, genauso wie aggressive Bettler*innen – aber nichts davon kommt auch in die Nähe eines Kontrollverlusts, über den einzelne so gerne fabulieren. **So lange ein Radfahrer in der Fußgängerzone, ob mit nacktem oder bekleidetem Oberkörper, eine lange Meldung wert ist, ist Ulm sicher. Und das ist auch gut so.**

Ulm ist auch auf jeden Fall sicher genug, dass weder die rechtlichen Voraussetzungen für eine Videoüberwachung noch die für eine Alkoholverbotszone gegeben sind. Ich hoffe, dass damit zumindest für einige Zeit von weiteren Vorschlägen abgesehen wird. Mit Kanonen auf Spatzen zu schießen sollte gerade in Ulm keine Schule machen.

Ich möchte mich auch bei allen Beteiligten bedanken, dass die **GRÜNEN** Vorstöße zur „gelben Karte“ bei den Jugendlichen und zu mehr Waffenkontrollen nun aufgenommen wurden. Hier geht es um Prävention im besten Sinne, und diese ist wichtig. Ebenso wichtig wäre es, endlich ein Haus des Jugendrechts in Ulm zu schaffen, diese Einrichtung ist ebenfalls zentral für die Prävention.

So viel zu den Punkten in denen wir vermutlich einen Konsens am Ratstisch haben. Ich komme nun zu solchen, die wohl umstrittener sind.

Immer wieder wird, vor allem seitens der Händlerschaft gefordert, die Polizei möge **die Alkoholtrinker und die Konsument*innen illegaler Drogen irgendwohin vertreiben. Da denke ich mir immer, ja, wohin denn? Doch nicht nach dem St.-Florians-Prinzip zum Konkurrenz-Händler eine Straße weiter?** Das wird kaum das Ziel sein. Wenn wir dafür sorgen wollen, die Betroffenen aus bestimmten Bereichen fernzuhalten, müssen wir einen Bereich schaffen, in dem sie unbehelligt sind. So etwas stößt ganz verständlicherweise auf wenig Gegenliebe. Auch das Land kommt bei einer Rechtsverordnung für Drogenkonsumräume nicht so recht weiter. Mal abwarten, ob sich doch etwas tut. Die Drogenausstiegsberatung Exit ist ausdrücklich keine Option. Es ist eine sehr wichtige Einrichtung im Bereich der Prävention, gut, dass sie wieder eröffnen kann, aber sie dient explizit für Menschen, die aus dem Drogenkonsum aussteigen wollen und daher als Konsumraum denkbar ungeeignet. Sollte Ulm es mit einem Drogenkonsumraum ernst meinen, dann nicht dort. Aber ich vermute, dass eine Mehrheit dafür ohnehin nicht da wäre.

Aus meiner Sicht hilfreich wäre auch eine Entlastung der Polizei und der Staatsanwaltschaft im Bereich Cannabis. Von einer Legalisierung will ich gar nicht mal reden, obwohl immer mehr Staaten diesen Weg gehen. **Aber den Besitz geringer Mengen ohne Handelsabsicht zu einer Ordnungswidrigkeit umzuqualifizieren, würde Polizei und die Justiz über 100.000 Ermittlungsverfahren im Jahr entlasten – und die Kräfte werden woanders gebraucht.**

Ich möchte mit einem Zitat aus der Sicherheitspartnerschaft schließen:

„Die Bürgerinnen und Bürger erwarten aber auch zu Recht, dass der Staat alles tut, um ihnen ein Leben in größtmöglicher Sicherheit und Freiheit zu ermöglichen.“ – dem schließe ich mich voll an. Volle **GRÜNE** Unterstützung für den Einsatz aller rechtsstaatlichen Mittel. Und wenn die Sitzung heute mit der Botschaft endet, dass Einigkeit darüber besteht, dass Ulm sicher ist, und die Ordnungskräfte täglich für ein mehr an Sicherheit arbeiten – vielleicht haben wir dann auch einen Beitrag zur gefühlten Sicherheit geleistet.

Noch einmal ganz großen Dank an alle Beteiligten.